



Presseschau vom 15.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Internet und Handynetz in Deutschland – das Neuland bleibt löchrig

Seit Mai dieses Jahres haben Bundesbürger sogar einen Rechtsanspruch auf einen Internetanschluss mit mindestens 10 MBit/s. Trotzdem hinkt Deutschland beim Internet wie beim Mobilfunk weiterhin hinterher, und die Betreiber mühen sich kaum, die Lücken zu schließen. ...

<https://kurz.rt.com/38u2> bzw. [hier](#)

Karin Leukefeld: Karish und Qana – Gasfelder schüren Grenzdisput im Nahen Osten (Teil 1)

Der Grenzdisput zwischen Israel und dem Libanon, der vor allem eine Aufteilung der Gasfelder Karish und Qana im Mittelmeer umfasst, gewann im Oktober an neuem Momentum: US-Unterhändler Hochstein übermittelte beiden Seiten seinen vorläufigen Textentwurf einer Vereinbarung. Washingtons Wille könnte zu einer baldigen Einigung führen. ...

<https://kurz.rt.com/38uq> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Regelbasierte Abgabenordnung – oder: Wie das Finanzamt einen Hilfsverein mundtot machen will

Friedensbrücke e. V. leistet seit 2015 humanitäre Hilfe im Donbass. Jetzt soll dem Verein wegen "politischer Tätigkeit" rückwirkend die Gemeinnützigkeit aberkannt werden. Das Finanzamt Eberswalde zeigt dabei einen höchst kreativen Umgang mit dem Recht. ...

<https://kurz.rt.com/38tf> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Melnyk: Der undiplomatische Diplomat kehrt in die Ukraine zurück – Aber man wird noch von ihm hören

Andrei Melnyk sorgte mit seinen oftmals beleidigenden Äußerungen auf Twitter nicht nur in Deutschland für Aufsehen. Mit dem heutigen Tag geht seine Zeit als Botschafter in Deutschland zu Ende. Mit forschenden Bemerkungen will er sich aber auch zukünftig nicht zurückhalten. ...

<https://kurz.rt.com/390i> bzw. [hier](#)

Rüdiger Rauls: Analyse zur Niedersachsen-Wahl: Warum gewinnt Grün?

Wähler bestimmen eine Wahl, nicht jene Kräfte, die nach der Ansicht so mancher Kritiker die Zügel in der Hand zu haben scheinen. Denn niemand wählt mit der Waffe an der Schläfe. Es stellt sich somit die Frage, welches politische Denken sich im Wahlerfolg der Grünen äußert. ...

<https://kurz.rt.com/390j> bzw. [hier](#)

Rafael Fachrutdinow, Olesja Otrudowa, Darja Wolkowa: **Doppelter Sold lockt westliche Söldner in die Ukraine**

Auf einer westlichen Website, die kampferfahrenen Söldnern Verträge anbietet, wurde eine Anzeige geschaltet: "Arbeit in der Ukraine" – für ein- bis zweitausend Dollar pro Tag, weit mehr als üblich. Warum sind die Söldner in der Ukraine so teuer geworden? ...

<https://kurz.rt.com/38sb> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Pfusch-Skandal beim PEI: Wie die deutsche Impfstoffbehörde tödliche Risiken vertuscht**

Das Paul-Ehrlich-Institut soll Risiken der Corona-Vakzine aufspüren. Tatsächlich vertuscht es sie mit einer falsch angewendeten Statistik-Methode. Damit würde es aktuell erst bei etwa 200.000 Impftoten Alarm schlagen. Einige Wissenschaftler sind fassungslos, doch das PEI bügelt jede Kritik ab. ...

<https://kurz.rt.com/3904> bzw. [hier](#)

Alexander Timochin: **Eine neue ukrainische Korvette im Schwarzen Meer – Auswirkung auf den Kriegsverlauf zur See?**

Nach der Zerstörung der ukrainischen Flotte durch die russischen Streitkräfte versucht sich diese aufzurichten. In der Türkei wurde für die ukrainische Marine die Korvette "Hetman Mazepa" vom Stapel gelassen. Was ist von diesem wahrscheinlichen Auftauchen eines neuen ukrainischen Schiffes im Schwarzmeerbecken zu erwarten? ...

<https://kurz.rt.com/38sk> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:12 de.rt.com: **Putin: Russland will die Ukraine nicht zerstören**

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte auf einer Pressekonferenz im Anschluss an seinen Besuch in Kasachstan, das Ziel der militärischen Sonderoperation sei nicht die Zerstörung der Ukraine. Es gebe derzeit keinen Grund für massive Schläge gegen die Ukraine.

Russland habe es sich nicht zur Aufgabe gemacht, die Ukraine zu zerstören, sagte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz im Anschluss an seinen Besuch in Kasachstan. Auf eine entsprechende Frage antwortete das Staatsoberhaupt:

"Nein, natürlich nicht. Sie [die Ukrainer] nahmen auf einmal die Krim, auf der 2,4 Millionen Menschen leben und unterbrachen die Wasserversorgung. Die Truppen mussten die Wasserversorgung der Krim schließen und wieder öffnen. Dies ist nur ein Beispiel für die Logik unseres Handelns. Hätten sie diese Maßnahme nicht ergriffen, hätte es keine weiteren Aktionen gegeben."

Weiterhin erklärte er:

"Es gibt jetzt keinen Grund für massive Schläge [gegen die Ukraine], es gibt jetzt andere Aufgaben."

Putin wies darauf hin, dass das russische Verteidigungsministerium nicht sofort alle Ziele in der Ukraine angegriffen habe. Er merkte an:

"Von, ich glaube, 29 Standorten wurden sieben nicht getroffen, wie es das Verteidigungsministerium geplant hatte, aber sie werden nach und nach aufgeholt. Es besteht kein Bedarf an massiven Schlägen, zumindest noch nicht."

Russland hat am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine eingeleitet. Putin nannte als Ziel den Schutz der Menschen, die seit acht Jahren von der ukrainischen Regierung misshandelt und ermordet werden. Zu diesem Zweck sei geplant, die Ukraine zu

entmilitarisieren und zu entnazifizieren und alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, die für die blutigen Verbrechen an der Zivilbevölkerung im Donbass verantwortlich sind. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums treffen die Streitkräfte ausschließlich militärische Infrastruktur und ukrainische Truppen und haben seit dem 25. März die Hauptaufgaben der ersten Phase erfüllt, nämlich das ukrainische Kampfpotenzial erheblich zu reduzieren. Oberstes Ziel der Operation sei es, so der Oberbefehlshaber, den Donbass zu befreien und Bedingungen zu schaffen, die die Sicherheit Russlands garantieren würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349891a48fbef16d862cf96.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin während der Pressekonferenz nach dem Treffen der Staatsefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Astana, Kasachstan, 14. Oktober 2022

20:13 de.rt.com: **Chusnullin: Hauptarbeiten an der Krim-Brücke werden bis Ende des Jahres abgeschlossen sein**

Wie der stellvertretende Ministerpräsident Russlands Marat Chusnullin mitteilte, werden die umfangreichen Arbeiten zum Wiederaufbau der Krim-Brücke bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Er sagte:

"Wir glauben, dass die Hauptarbeiten an der Krim-Brücke bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Es wurde eine Technologie gefunden, mit der die bestehenden eingestürzten Pfeiler der Brücke abgebaut werden können. Ich kann sagen, dass die ersten Stützen der neuen Brücke bereits in Fabriken hergestellt wurden und auf dem Weg zur Krim-Brücke sind."

Chusnullin stellte klar, dass die Arbeiten zur Wiederherstellung des zweiten Abschnitts der Eisenbahnbrücke fortgesetzt werden und die Züge ohne Einschränkungen über die Brücke fahren. Ihm zufolge seien 250 Mitarbeiter mit 30 Geräten auf der Baustelle tätig. In zwei Wochen werde die Zahl der Bauarbeiter auf 500 Personen ansteigen.

Der stellvertretende Ministerpräsident erklärte außerdem, dass der Verkehr auf der Krim-Brücke am Samstagabend aufgenommen werden soll. Dabei werden die Fahrzeuge vollständig überprüft, betonte er. Chusnullin wies darauf hin, dass es in dieser Situation nicht um die leeren Lastwagen und Busse geht – sie werden die Brücke wie gewohnt passieren können. Er erklärte:

"Beladene Fahrzeuge werden entweder vollständig kontrolliert, oder sie fahren auf die Fähre, oder sie fahren auf den Routen in den neuen Gebieten."

Chusnullin fügte hinzu, dass Güterfahrzeuge von der Krim bereits ungehindert auf alternativen Routen durch die neuen russischen Regionen fahren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349a17c48fbef640d3e9f62.jpg>
Marat Chusnullin

20:48 de.rt.com: **Medienberichte: Pentagon verhandelt mit SpaceX über Versorgung der Ukraine mit Satelliten-Internet**

Russische Medien berichten, dass das Pentagon Gespräche mit dem Unternehmen SpaceX von Elon Musk über die Bereitstellung von Satelliten-Internet für die Ukraine führt. Starlink habe sich in der Ukraine als äußerst effektiv erwiesen, und das Pentagon halte es für notwendig, dass das ukrainische Militär dieses System behalte, so eine Quelle aus US-Militärkreisen.

Zuvor hatte der CEO von SpaceX, Elon Musk, mitgeteilt, er könne nicht mehr für die Wartung von Starlink in der Ukraine aufkommen, und schlug vor, dass das Pentagon dies tun sollte. Musk wies darauf hin, er habe nur den Rat des ehemaligen ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrei Melnyk, befolgt, der ihn beschimpft hatte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349a4cb48fbef18bf13a2d2.jpg>

20:50 de.rt.com: **Arabische Liga stellt sich hinter Saudi-Arabien – und implizit gegen die USA**

Die erdölproduzierenden Staaten hatten beschlossen, die Produktion ab November um zwei Millionen Barrel zu drosseln. Das hatte eine heftige Reaktion der Vereinigten Staaten ausgelöst, die unter hohem Inflationsdruck stehen.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Aboul Gheit, hat am Freitag die Entscheidung Saudi-Aubiens, die Ölproduktion zu drosseln, "voll und ganz unterstützt", wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf eine Mitteilung der Liga berichtete. Aboul Gheit verurteilte die "scharfe Medienkampagne" gegen Saudi-Arabien nach der Bekanntgabe der OPEC+-Entscheidung. Der Chef der Regionalorganisation erklärte: "Diese Äußerungen zielen darauf ab, rein wirtschaftliche Entscheidungen zu politisieren, die für die Stabilität der Weltwirtschaft angesichts der anhaltenden gefährlichen Herausforderungen notwendig sind."

Der Vorsitzende der Arabischen Liga lobte auch die aus seiner Sicht ausgewogene Strategie Saudi-Arabiens zur Stabilisierung der Ölmärkte sowie die Haltung des Staates zu globalen und regionalen politischen Fragen. In der vergangenen Woche hatten die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und ihre Verbündeten, eine Gruppe von 23 Mitgliedern, die als OPEC+ bekannt ist, beschlossen, die tägliche Produktion ab November um zwei Millionen Barrel zu senken. Am Donnerstag erklärte das saudi-arabische Außenministerium, die Entscheidung der OPEC+ sei "rein wirtschaftlich".

Die Vereinigten Staaten, die aufgrund der hohen Inflation zunehmend unter Druck stehen, lehnten die Produktionskürzung ab. US-Präsident Joe Biden erklärte, er werde die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien überprüfen, und es werde nicht näher bezeichnete "Konsequenzen" für das Königreich geben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634981e248fbef140236a180.jpeg>

21:44 de.rt.com: **"Wegen anhaltender Exportbeschränkungen" – Russland könnte aus dem Getreideabkommen aussteigen**

Russland schließe nicht aus, die Verlängerung des Getreideabkommens abzulehnen, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden, so Gennadi Gatilow, der ständige Vertreter Russlands in Genf. Ihm zufolge habe Moskau seine Forderungen an die UNO weitergeleitet.

Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten, hat erklärt, dass der zweite Teil der Getreidevereinbarung über die Aufhebung der Beschränkungen für russische Getreide- und Düngemittelausfuhren nicht umgesetzt werde. Aus diesem Grund wisse er nicht, ob es möglich sei, das im November auslaufende Abkommen zu verlängern. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur [Interfax](#) äußerte sich Uschakow zu der möglichen Verlängerung des Abkommens:

"Ich weiß es nicht, denn der zweite Teil dieser Vereinbarung ist völlig unerfüllt. Wir erinnern uns immer wieder an unser Angebot, dass nämlich 300.000 Tonnen Düngemittel in verschiedenen europäischen Häfen liegen und noch niemand sie abnehmen kann, obwohl wir anbieten, diese Düngemittel kostenlos an die ärmsten Länder zu verteilen. Aber bisher hatten sie noch keinen Zugang zu diesem Dünger."

Gleichzeitig erklärte Uschakow, dass Russland nach wie vor an dem Getreideabkommen interessiert sei. Der ständige Vertreter Russlands in Genf, Gennadi Gatilow, erklärte seinerseits, Russland sei bereit, die Verlängerung des Abkommens abzulehnen, wenn die UNO nicht auf die Bedenken Moskaus eingehe.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur [Reuters](#) sagte er, Russland habe einen Brief an UN-Generalsekretär António Guterres geschickt und ihn gebeten, auf eine faire Umsetzung des Abkommens hinzuwirken. Die Diskussion zu diesem Thema sei für den 16. Oktober anlässlich eines Besuchs von UN-Vertretern in Moskau geplant. Gatilow fügte hinzu:

"Wenn wir feststellen, dass auf der russischen Seite des Abkommens, d. h. bei den Düngemittel- und Getreideexporten, nichts passiert, dann müssen wir die Situation von der anderen Seite aus betrachten, verzeihen Sie uns. Wir sind nicht gegen das Angebot, aber das

Abkommen muss gleichberechtigt sein, es muss fair sein, und es muss von allen Parteien des Abkommens fair umgesetzt werden."

UN-Sprecher Stéphane Dujarric behauptete gegenüber Reuters, Guterres sei an einer Vertiefung und Ausweitung der Vereinbarung interessiert und daher bereit, sich dafür einzusetzen. Er betonte:

"Wir stehen in ständigem Kontakt mit russischen Beamten sowie mit Beamten der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, um die letzten Hindernisse zu beseitigen und die russischen Getreide- und Düngemittelausfuhren zu erleichtern."

Am 22. Juli war in Istanbul ein Deal abgeschlossen worden, der aus zwei Dokumenten besteht. Russland, die Ukraine und die Türkei hatten unter Beteiligung der Vereinten Nationen ein Abkommen über die Ausfuhr von ukrainischem Getreide aus den Häfen Tschernomorsk, Odessa und Juschny unterzeichnet, das 120 Tage lang gültig ist. Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um ein dreijähriges Memorandum zwischen Russland und den Vereinten Nationen über die Ausfuhr von russischen Agrarprodukten und Düngemitteln. Ziel ist es, angesichts der Sanktionen gegen Russland ungehinderte Lieferungen zu gewährleisten. Der russische Präsident Wladimir Putin kritisierte wiederholt die Umsetzung des Abkommens, da das Getreide aus der Ukraine nicht in die ärmsten Länder gelange und Moskau bisher kein einziges Schiff mit landwirtschaftlichen Produkten abgezogen habe. Der Präsident kündigte an, 300.000 Tonnen russischer Düngemittel, die sich in europäischen Häfen stapeln, in Entwicklungsländer zu verlagern.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterstützte die Position Putins. Die UNO erörterte eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland in Bezug auf Lebensmittel und Düngemittel und äußerte die Hoffnung auf eine Verlängerung des Getreideabkommens.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634969f448fbef4ad956cda2.jpg>

Verladung geernteten Getreides in der russischen Region Krasnodar

21:53 de.rt.com: **USA drohen mit weiteren Sanktionen wegen Unterstützung des russischen militärisch-industriellen Komplexes**

Ausländische Unternehmen laufen Gefahr, von US-Sanktionen getroffen zu werden, wenn sie Munition und andere militärische Güter nach Russland liefern oder den russischen militärisch-industriellen Komplex unterstützen, so eine [Klarstellung](#) des US-Finanzministeriums. Darin heißt es:

"Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) ist bereit, seine weitreichenden Befugnisse gegen Nicht-US-Personen einzusetzen, die Munition liefern oder den militärisch-industriellen Komplex der Russischen Föderation anderweitig unterstützen, sowie gegen private Militärunternehmen oder paramilitärische Gruppen, die an illegalen Aktivitäten der Russischen Föderation beteiligt sind oder diese anderweitig unterstützen."

Die US-Behörden wiesen darauf hin, dass dies auch für die Unterstützung der militärischen

Operation in der Ukraine gilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349bc8848fbef16804dbcc6.jpg>

22:39 de.rt.com: **Lokale Behörden: Luftalarm in den Gebieten Nikolajew und Odessa ausgerufen**

Die Behörden der ukrainischen Gebiete Nikolajew und Odessa haben einen Luftalarm ausgerufen, über den auf den offiziellen Telegram-Kanälen der lokalen Verwaltungen und ihrer Vertreter berichtet wird.

Die Warnung für das Gebiet Nikolajew wurde von Gouverneur Witali Kim veröffentlicht. Zur gleichen Zeit sei auch im Gebiet Odessa Alarm ausgerufen worden, so der Sprecher der regionalen Militärverwaltung, Sergei Bratschuk.

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Ukraine bekommt zusätzlich 725 Millionen US-Dollar Militärhilfe aus USA**

Die USA gewähren der Ukraine weitere Militärhilfe, mit der das Land unter anderem Artilleriegeschosse, Panzerabwehr-Waffen und Fahrzeuge bekommen wird. Das Hilfspaket habe einen Wert von bis zu 725 Millionen Dollar (745,6 Millionen Euro), wie die US-Regierung in der Nacht zum Samstag mitteilte. Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges Ende im Februar hätten die USA damit rund 17,6 Milliarden US-Dollar als Sicherheitsunterstützung für die Ukraine zugesagt.

Nach Angaben des [US-Verteidigungsministeriums](#) soll unter anderem zusätzliche Munition für die HIMARS-Mehrfachraketenwerfer geliefert werden. Zudem gehe es um 23.000 155-Millimeter-Artilleriegeschosse, 5.000 Panzerabwehr-Waffen, über 200 der unter dem Namen "Humvee" bekannten Geländewagen sowie Handfeuerwaffen und zwei Millionen Einheiten Munition dafür. Teil der Lieferungen seien auch Raketen, die auf Radaranlagen oder Funksender zusteuern können, sowie 500 Präzisions-Artilleriegeschosse.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a3aceb480cc4b801bf093.jpg>

US-Geländewagen vom Typ Humvee im Hafen von Gdynia in Polen, 13. Februar 2022

7:10 de.rt.com: **Ungarn will Bürger zu EU-Sanktionen befragen**

Die westlichen Sanktionen gegen Russland haben in vielen Staaten zu enormen wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Während Ungarn bisher im Gegenzug für Ausnahmen für die Sanktionen stimmte, scheint sich die Regierungspolitik allmählich zu ändern.

Die ungarische Regierung hat am Freitag eine "nationale Konsultation" gestartet, in der die Bürger nach ihrer Meinung zu den Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland gefragt werden, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. In einem Facebook-Post, in dem die Regierung die sieben Fragen der Konsultation vorstellte, schrieb sie:

"Wir glauben, dass die Brüsseler Sanktionen uns zerstören. Sagen auch Sie Ihre Meinung."

Die Fragen beziehen sich auf die bestehenden oder geplanten Sanktionen der EU, einschließlich der Sanktionen gegen Russlands Öl-, Gas-, Rohstoff- und Kernbrennstofflieferungen sowie gegen den von Moskau unterstützten Ausbau des Kernkraftwerks Paks, und auf die Auswirkungen der Sanktionen auf den Tourismus und die Lebensmittelpreise.

Obwohl die ungarische Regierung unter Viktor Orbán für alle Sanktionspakete der EU gestimmt hatte – im Gegenzug für Ausnahmen von den Energiesanktionen –, hat der Ministerpräsident die Sanktionen des Westens in den letzten Monaten scharf kritisiert. In seiner Rede bei der ersten Herbstsitzung des ungarischen Parlaments Ende September sagte Orbán, dass sich Brüssel mit den Sanktionen "selbst ins Bein geschossen" habe. Er argumentierte, dass die Familien in ganz Europa den Preis für die Sanktionen in ihren Energierechnungen bezahlen müssen.

Am Freitagmorgen machte er in einem Radiointerview die Sanktionen für die Rekordinflationsrate in Ungarn von über 20 Prozent verantwortlich.

Die "nationale Konsultation" der Regierung besteht aus einem Fragebogen, der an alle Haushalte verschickt wird. Die Menschen können per Post oder online antworten.

Orbán erklärte am Freitag, dass die Regierung die Ergebnisse als politisches Instrument in ihren "Kämpfen in Brüssel" nutzen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349b17d48fbef158641338c.jpeg>
Viktor Orbán

7:32 de.rt.com: **Ukrainische Medien: Luftalarm im ganzen Land**

Am frühen Samstagmorgen ist in der ganzen Ukraine Luftalarm ausgerufen worden. Örtliche Medien [veröffentlichen](#) eine Landkarte, auf der alle Gebiete und die Hauptstadt Kiew als potenziell gefährdet markiert sind.

Die Behörden des von der Ukraine kontrollierten Teils des Gebiets Saporoschje melden mehrere Angriffe auf die gleichnamige Hauptstadt des Gebiets. Sie soll von Kamikaze-Drohnen angegriffen worden sein. Berichtet wird von einem Brand und Infrastrukturschäden. In den sozialen Netzwerken gibt es auch Berichte über Explosionen in Kriwoi Rog und Nikopol.

Eine Stellungnahme des russischen Verteidigungsministeriums liegt derzeit nicht vor. In dieser Woche hat das russische Militär aber zahlreiche militärische Ziele, Kommunikations- und Energie-Objekte in der Ukraine angegriffen.

7:47 de.rt.com: **Was ist über den neuen russischen Befehlshaber Surowikin bekannt?**

Am 8. Oktober ernannte Russlands Verteidigungsministerium Sergei Surowikin zum Befehlshaber im Militäreinsatz in der Ukraine. Was ist über "General Armageddon", wie ihn die westliche Presse betitelte, bekannt? Eine Kurzbiographie.

Der neue Befehlshaber der speziellen Militäroperation, Armeegeneral Sergei Surowikin, der in der westlichen Presse den Spitznamen "General Armageddon" erhielt, hat in den vergangenen vier Monaten die südliche Armeegruppe in der Ukraine befehligt. Unter seinem Kommando wurden die Ortschaften Gorskoje und Solotoje, 20 Kilometer südlich von Lissitschansk, sowie die Stadt Sewerodonezk befreit und die Geiseln aus dem Asot-Werk gerettet.

Sergei Wladimirowitsch Surowikin wurde vor 56 Jahren, am 11. Oktober 1966, in Nowosibirsk geboren. Am Dienstag gratulierte ihm Russlands Präsident Wladimir Putin persönlich zum Geburtstag.

Surowikin absolvierte die Omsker Militärhochschule im Jahr 1987, die Kommando-Fakultät der Frunse-Militärakademie im Jahr 1995 sowie die Militärakademie des Generalstabs im Jahr 2002 – alle davon mit Auszeichnung.

Im aktiven Dienst seit 1983, begann er seine Laufbahn als Kompaniekommandant beim sowjetischen Truppenkontingent in Afghanistan. Eine aufsehenerregende Episode in seiner Karriere ereignete sich im August 1991. Damals befehligte der inzwischen 24-jährige Surowikin ein Bataillon der 2. Tamaner Garde-Motschützendivision, die bei Moskau stationiert war. Auf Befehl des "Staatskomitees für den Ausnahmezustand" nahm sein Bataillon an der Wiederherstellung der konstitutionellen Ordnung in Moskau teil. In der Nacht

auf den 21. August versuchte eine Gruppe aus seinem Bataillon, die Barrikaden an der Kreuzung Gartenring/Neu-Arbat zu durchbrechen. Beim Zusammenstoß kamen drei Demonstranten ums Leben. Nach dem Scheitern des "Staatskomitees für den Ausnahmezustand" wurde Surowikin kurzzeitig in Untersuchungshaft genommen. Schließlich wurden die Vorwürfe gegen ihn aufgehoben, da die Staatsanwaltschaft befand, dass der Offizier lediglich Befehle befolgte.

Ausgerechnet an diese Episode erinnerte der Unternehmer und Gründer der "Wagner-Gruppe", Jewgeni Prigoschin, als er die Ernennung des neuen Befehlshabers kommentierte. Er sagte:

"Wir alle erinnern uns an die Ereignisse beim Weißen Haus im August 1991. Und Surowikin ist genau derjenige Offizier, der sich nach dem Erhalt des Befehls, ohne nachzudenken, in einen Panzer setzte und zur Rettung seines Landes eilte."

Nach Prigoschins Ansicht ist Surowikin heute der fähigste Kommandeur in der Armee. Im Jahr 1998 wurde Surowikin zum Kommandanten des 149. Garde-Motschützenregiments der 201. Motschützendivision ernannt, die im damals konfliktgeplagten Tadschikistan stationiert war. Im Jahr 1999 wurde er Stabschef und stellvertretender Kommandant derselben Division.

Im Juni 2004 wurde Surowikin zum Kommandanten der 42. Garde-Motschützendivision ernannt, die in Tschetschenien stationiert war. Ab dem Jahr 2005 diente er in Woronesch, wo sich der Stab der 20. Gardearmee befand. Surowikin war erst stellvertretender, danach eigentlicher Kommandant. Zu seinen Aufgaben gehörte die Bestimmung von Quellen militärischer Bedrohung und die Ausarbeitung von Strategien, diese zu neutralisieren. Zwischen den Jahren 2010 und 2012 befehligte Surowikin nacheinander die Stäbe der Militärdistrikte Wolga-Ural, Zentrum und Ost. Von April bis Oktober 2012 leitete er die Arbeitsgruppe zur Bildung der Militärpolizei. Diese Behörde ist für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Disziplin in der Armee zuständig.

Ab 2013 befehligte er die Truppen des Östlichen Militärdistrikts, dessen Stab sich in Chabarowsk befindet. Im März 2017 kam Surowikin nach Syrien, wo er das Kommando über das russische Truppenkontingent übernahm. Diesen Posten bekleidete er geringfügig länger als ein halbes Jahr. Später wurden allerdings Meinungen geäußert, wonach die Truppe gerade unter Surowikin ihre größten Erfolge verzeichnete und eine Wende im Kriegsverlauf erzwang. Nach der Kampagne in Syrien wurde Surowikin als Held Russlands ausgezeichnet.

Im November desselben Jahres wurde Surowikin zum Befehlshaber der Luft- und Weltraumstreitkräfte bestellt. Im August 2021 erhielt er nach einer Anordnung des Präsidenten den Rang eines Armeegenerals.

Das Oberhaupt von Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, der Surowikin schon 15 Jahre kennt, bezeichnete den neuen Befehlshaber als "echten Patrioten", für den Vaterlandsliebe, Ehre und Würde stets über allem stehen. Seinerseits schrieb der Sicherheitsdienst der Ukraine Surowikin nach dessen Beförderung zur Fahndung aus.

Ausgezeichnet wurde Surowikin unter anderem mit drei Tapferkeitsorden, dem Orden des Roten Sterns, dem Orden für Militärische Verdienste, den Orden "für Verdienste vor dem Vaterland" I. und II. Klasse sowie mit den Medaillen für Tapferkeit und Militärische Verdienste.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634977c748fbef15480da5bd.jpg>
Sergei Surowikin

8:03 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Drei weitere Mehrfamilienhäuser in Mariupol einzugsbereit**

Das russische Verteidigungsministerium hat nach eigenen Angaben drei weitere Mehrfamilienhäuser in der schwer zerstörten Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer fertiggebaut. Am Samstag verlautete aus dem Ministerium, es handele sich um insgesamt 250 bezugsfertige Wohnungen. Vize-Verteidigungsminister Timur Iwanow habe im Rahmen seiner Dienstreise den Verlauf der Bauarbeiten in der Stadt persönlich inspiziert.

Das Ministerium will zum 15. November weitere vier Wohnhäuser fertigstellen. Noch zwei sollen im Dezember einzugsfertig sein. Derzeit werden auch eine Schule und ein Kindergarten errichtet. Auf den Baustellen in Mariupol arbeiten demnach insgesamt rund 2.500 Bauarbeiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a477fb480cc4d31564fe5.jpg>

Fassade eines Wohnhauses, das vom russischen Verteidigungsministerium in Mariupol errichtet worden ist, 26. September 2022

8:36 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 51 ukrainische Angriffe und einen getöteten Zivilisten binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der vergangenen 24 Stunden 51 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 208 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Panzer sowie Geschosse des Kalibers 155, 152 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten zwölf Wohngebiete, darunter auch Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 14. Oktober bis 6:00 Uhr am 15. Oktober (Ortszeit) wurde ein Zivilist in Donezk getötet. Sechs weitere Einwohner erlitten Verletzungen. Zu Schaden kamen insgesamt 22 Wohnhäuser und vier zivile Infrastrukturobjekte in Donezk, Gorlowka, Alexandrowka und Spartak. Am Vortag hatten die Behörden von Donezk mehr als 72 Angriffe aus der Ukraine gemeldet. Dabei kamen zwei Einwohner von Donezk ums Leben. Weitere vier Zivilisten wurden verletzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a50d348fbef15480da60c.jpg>

Folgen eines Beschusses auf Donezk, 9. Oktober 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 15.10.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 1 Panzer;
- 3 Artilleriegeschütze;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 13 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 14. Oktober haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Bondarewo und Karawan-Solodkij zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Mitarbeiter des Militärkommissariats und ein Offizier mit Codenamen „Mustang“ neues Geschirr in das Lugansker Kinderhaus Nr. 1 gebracht.

9:13 de.rt.com: Saudi-Arabien sagt Ukraine humanitäre Hilfe in Höhe von 400 Millionen US-Dollar zu

Saudi-Arabien hat beschlossen, der Ukraine humanitäre Hilfe in Höhe von 400 Millionen US-Dollar bereitzustellen. Dies [teilte](#) das Außenministerium in Riad nach einem Gespräch zwischen Premierminister Kronprinz Mohammed bin Salman und Präsident Wladimir

Selenskij am Freitag mit. Der Kronprinz zeigte sich demnach bereit, alle Initiativen zu unterstützen, die zu einer Deeskalation beitragen könnten.
Dies ist nicht das erste Mal, dass ein Golfstaat der Ukraine humanitäre Hilfe erweist. Zuvor haben Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate ukrainische Flüchtlinge in europäischen Ländern unterstützt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.10.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **208 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist, 6 wurden verletzt**. 22 Häuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 M777-Haubitze, 2 Panzer (T-80 BW und T-72B), 1 Abwehrgeschütz „Osa“, 5 Panzer- und andere Fahrzeuge, in der Luft wurden 2 Drohnen des Gegners abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 40 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:40 de.rt.com: Ukrainisches Energie-Unternehmen meldet schwere Schäden an Energie-Objekt im Gebiet Kiew

Die Verwaltung des Gebiets Kiew hat am Samstagmorgen einen Raketenangriff gemeldet. Nach vorläufigen Angaben gab es dabei weder Tote noch Verletzte. Das staatliche Unternehmen Ukrenergo berichtete seinerseits, dass durch den Schlag ein Objekt der Energie-Infrastruktur schwer beschädigt worden sei. Man arbeite schon daran, um die Zuverlässigkeit der Energieversorgung in der Hauptstadt Kiew und der Zentralregion wiederherzustellen. Das Unternehmen rief die Einwohner erneut dazu auf, insbesondere von 17 bis 23 Uhr Strom zu sparen und sich auf mögliche Stromabschaltungen gefasst zu machen.

Zuvor hatten die Behörden in der ganzen Ukraine Luftalarm ausgerufen. Aus dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Gebiets Saporoschje sowie aus den Städten Kriwoi Rog und Nikopol wurden mehrere Angriffe gemeldet.

Eine Stellungnahme des russischen Verteidigungsministeriums liegt derzeit nicht vor. In dieser Woche hat das russische Militär aber zahlreiche militärische Ziele, Kommunikations- und Energie-Objekte in der Ukraine angegriffen.

10:04 de.rt.com: Bundeswehr übt Schutz von Häfen und Flughäfen in Estland

Angeichts des Ukraine-Krieges üben spezialisierte Bundeswehreinheiten noch bis Ende Oktober in Estland den Schutz von kritischer Infrastruktur. Rund 170 Soldaten von Luftwaffe und Marine trainieren in dem an Russland grenzenden baltischen Land dazu erstmals zusammen. Bei der Übung sind auch rund 80 Soldaten von estnischen Verbänden vor Ort. Geübt wird in Hafenanlagen der estnischen Marine in der Hauptstadt Tallinn, am Militärflughafen Ämari und auf Truppenübungsplätzen des baltischen EU- und NATO-

Mitgliedstaates. Die Deutsche Presse-Agentur zitiert Oberstleutnant André Knappe vom Objektschutzregiment der Luftwaffe in Schortens mit den Worten: "Sinn und Zweck dieser Übung ist es, unter Realbedingungen gemeinsam Maßnahmen und Handlungsabläufe zu üben, die zum Schutz und zur Sicherung von Infrastruktur nötig sind." Das knapp einmonatige Manöver "Baltic Tiger 2022" wurde vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa angesetzt. Für die Übung wurden Aufklärungstrupps, Scharfschützen und Soldaten zur Feuerunterstützung, Minentaucher, Marineinfanteristen, aber auch Experten für atomare, biologische und chemische Kampfstoffe sowie Sanitätskräfte nach Estland verlegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a541148fbef640d3e9f8e.jpg>

Soldaten üben am 12. Oktober 2022 in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Rahmen der Übung "Baltic Tiger 2022"

10:36 de.rt.com: **Iran dementiert Waffenlieferungen an Russland**

Der Iran hat Berichte über Waffenlieferungen an Russland dementiert. Das Außenministerium in Teheran berichtete am Samstag über ein Telefonat zwischen Außenminister Hussein Amir-Abdollahian und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Der iranische Chefdiplomat sagte demnach:

"Wir haben zwar eine militärische Zusammenarbeit mit Russland, aber keine Waffenlieferungen."

Der Iran wolle ein Ende des Krieges und der menschlichen Leiden. Berichte über die Lieferung und den Einsatz von iranischen Drohnen im Ukraine-Konflikt hatte Teheran auch früher stets dementiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a5aa3b480cc4b801bf0a9.jpg>

Eine iranische Drohne nimmt am 24. August 2022 an einer Übung im Iran teil

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Die Kiewer Behörden stellten die große Schäden durch den morgendlichen Raketenangriff fest**

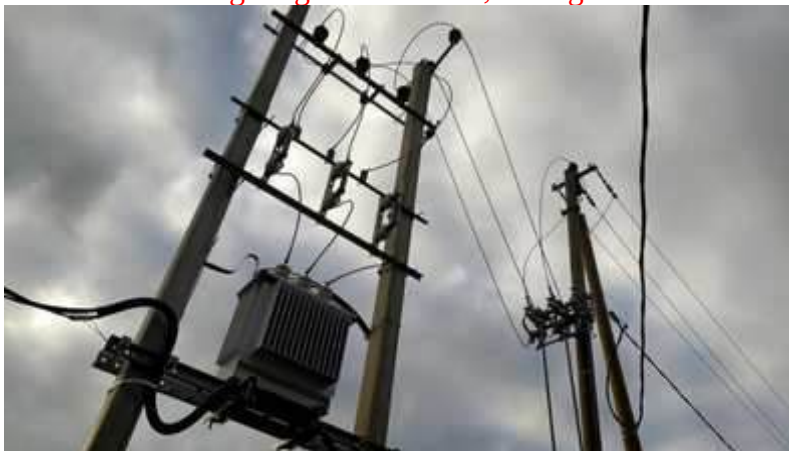
Infolge eines Treffers durch die RF-Streitkräfte wurde eine Einrichtung der kritischen Infrastruktur stromlos geschaltet.

Das ukrainische Energieunternehmen Ukrenergo hat schwere Schäden an einer seiner kritischen Infrastrukturen gemeldet, die von einer russischen Rakete getroffen wurden.

„Die Energieinfrastrukturanlage in der Region Kiew wurde schwer beschädigt“, heißt es auf der Social-Media-Seite des Unternehmens.

Das Unternehmen erklärte, dass Spezialisten bereits an der Fehlerbehebung arbeiteten, aber die Bürger wurden aufgefordert, von 17:00 bis 23:00 Uhr Strom zu sparen und auf rollende Stromausfälle vorbereitet zu sein.

Gleichzeitig forderte DTEK nach dem Unfall die Behörden auf, den Stromverbrauch um 35-40 % zu senken. Unternehmen werden aufgefordert, ihren Energieverbrauch, der für Werbung und Beschilderung aufgewendet wird, zu begrenzen.



https://novorosinform.org/content/images/58/57/55857_720x405.jpg

11:30 de.rt.com: **Vize-Verwaltungschef des Gebiets Cherson: Ukrainische Truppen versuchen Offensive**

Der Vize-Verwaltungschef des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, hat am Samstag auf Telegram mitgeteilt, die ukrainische Armee versuche derzeit, eine Offensive in der Region zu starten. Eine der Vorstoßrichtungen sei die Landstraße Dudtschany–Berislaw. Das Ziel der ukrainischen Seite sei es, sich am rechten Dnepr-Ufer festzusetzen. Im Gespräch mit dem russischen Moderator Wladimir Solowjow sagte Stremoussow:

"Die von uns erwartete aktive Phase hat inzwischen begonnen. Aber das bedeutet gar nichts.

Am 28. August hat es in der Nähe von Possad-Pokrowskoje auch schon eine aktive Phase gegeben, die allerdings von der russischen Armee fachkundig abgewehrt wurde."

Damals seien ungefähr 3.000 ukrainische Nationalisten und Söldner ums Leben gekommen.

"Unsere Armee ist bereit, all diese Attacken abzuwehren und bis zum Ende standzuhalten.

Denn das Gebiet Cherson ist eine vollwertige Region der Russischen Föderation."

Gleichzeitig empfahl er Einwohnern in Ortschaften am rechten Dnepr-Ufer, ihre Kinder sicherheitshalber in Ferienlager zu schicken.

Zuvor hatte der Interims-Gouverneur des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo, die Regierung in Moskau darum gebeten, den örtlichen Behörden bei der freiwilligen Evakuierung von Einwohnern in andere Regionen Russlands zu helfen.

Dan-news.info: In der DVR hat seit heute die Heizperiode begonnen. Am Morgen des 15. Oktober waren 164 Schulen (35,4%), 100 Vorschuleinrichtungen (23,5%), mehr als die Hälfte der medizinischen Einrichtungen (148 Objekte) und weitere Objekte angeschlossen.

Außerdem waren fast 2000 Wohnhäuser an die Heizungsversorgung angeschlossen, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Wladimir Dubowka mit.

Die Inbetriebnahme der zentralen Heizungsversorgung läuft in allen Städten der Republik.

Heute morgen waren bereits 334 Heizwerke in Betrieb.

„Es gibt schwierige Städte, wie Mariupol und Wolnowacha. Aber wie wir schon mitteilten, läuft auch dort operative Arbeit zur Inbetriebnahme der Heizungssysteme. Der Prozess läuft, die Arbeit zum Anschluss von Objekten geht weiter“, unterstrich der stellvertretende Minister.

11:44 de.rt.com: **Russland-Narrativ: Bundesregierung bestätigt mediale Gleichschaltung**

Die Bundesregierung hat die Echtheit eines Dokumentes bestätigt, das die NachDenkSeiten veröffentlicht haben. Darin geht es um die Gleichschaltung der deutschen Medien in Bezug auf das Russland-Narrativ. Russische Informationen seien grundsätzlich Desinformationen. Bereits im September berichteten die NachDenkSeiten über ein brisantes Dokument, das der Redaktion zugespielt worden war. Darin wird von einer umfassenden vertikalen und horizontalen Gleichschaltung des Narrativs zu Russland und dem Ukraine-Konflikt berichtet. Auf eine kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Götz Frömming (AfD) räumte die Bundesregierung nun die Echtheit des Dokuments ein.

Florian Warweg, Redakteur bei den NachDenkSeiten, [beleuchtet](#) die Brisanz dieser Nachricht und arbeitet den Fall weiter auf. In seinem Beitrag hebt er hervor, dass der Begriff

Desinformation nicht fest umrissen ist. Er öffnet der Willkür die Tür. Tatsächlich wird so gut wie jede Information aus Russland von deutschen Medien und deutscher Politik, in den sozialen Netzwerken und von sogenannten "Faktencheckern" als Desinformation abgetan.

Eine ressortübergreifende Planung, in die unterschiedliche Ministerien und externe, ausschließlich transatlantische Berater involviert sind, soll eine breite, antirussische Haltung fördern und festigen. Die Narrativ-Gleichschaltung durch die Politik ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorgesehen. Neben den Medien des Mainstreams richtet sich die antirussische Kampagne der Bundesregierung auch an die Zivilgesellschaft. Ziel ist offenkundig das Schüren antirussischer Ressentiments.

Während die Nachricht von deutschen Mainstreammedien nicht aufgenommen wurde, fand sie Niederschlag in britischen und US-amerikanischen Medien. Warweg macht auf ein besonderes Kuriosum aufmerksam. Ralf Schuler, Leiter der Parlamentsredaktion der Bild,

äußert sein Unverständnis darüber, warum das Dokument ausgerechnet den NachDenkSeiten und nicht etwa der Bild oder dem Spiegel zugespielt worden ist. Das spreche gegen die Authentizität des Dokuments. Allerdings sind es gerade die großen Medien, gegen die sich der Vorwurf der Gleichschaltung richtet.

nachmittags:

12:06 de.rt.com: Melnyk bricht nach acht Jahren als Botschafter nach Kiew auf

Nach fast acht Jahren als Botschafter der Ukraine in Deutschland ist Andrei Melnyk am Samstag Richtung Kiew aufgebrochen, wo er einen neuen Posten im Außenministerium übernehmen soll. Er sei gegen 10:00 Uhr mit dem Auto von seiner Residenz abgereist, teilte der ukrainische Diplomat der Deutschen Presse-Agentur mit. Der 47-jährige war im Januar 2015 Botschafter in Deutschland geworden und machte sich mit einer für einen Diplomaten ungewöhnlich harten Gangart gegen die deutsche Staatsführung einen Namen. In den ersten Kriegsmonaten wurde Melnyk zu einem der häufigsten Gäste in deutschen Talkshows. Kaum ein Tag verging, an dem er nicht Kampfpanzer und Luftabwehrgeschütze forderte und der Bundesregierung Zögern und Zaudern vorwarf.

Am Montag wird sein Nachfolger Alexei Makejew in Berlin erwartet. Der Wechsel an der Spitze der Botschaft wird formell aber erst mit der Akkreditierung beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vollzogen, für die es noch keinen offiziellen Termin gibt.

12:16 de.rt.com: Schweden dementiert Berichte über eigene Ermittlung zu Nord Stream-Lecks

Schwedens Ministerpräsidentin Magdalena Andersson hat erklärt, dass Nord Stream-Vorfälle zusammen mit Dänemark und Deutschland untersucht würden. Damit dementierte die Politikerin die Berichte, dass Schweden angeblich auf die Zusammenarbeit verzichte. Magdalena Andersson, die schwedische Premierministerin, hat Medienberichte zurückgewiesen, dass Schweden nicht mehr bei den Ermittlungen zu den Gaslecks an den beschädigten Nord Stream-Pipelines mit Deutschland und Dänemark kooperiere. Dies erklärte die hochrangige Politikerin in einem Interview mit Reuters:

"Wie ich das verstanden habe, stimmt das nicht. Wir arbeiten zusammen mit Dänemark und Deutschland bei diesem Thema."

Ferner präzisierte Andersson, dass die schwedische Untersuchung noch nicht fertig sei. "Wir waren schnell im Wasser für Untersuchungen und haben Material nach oben gebracht", hieß es weiter. Unterdessen teilte der schwedische Staatsanwalt Mats Ljungqvist, der an den Ermittlungen beteiligt ist, gegenüber Reuters mit, dass Schweden den Vorschlag der Europäischen Zusammenarbeit der Justizbehörden, eine gemeinsame Ermittlungsgruppe zur Untersuchung von Sabotage an Gaspipelines einzurichten, wegen der Bedenken in Bezug auf die Geheimhaltung abgelehnt habe.

Dabei unterstrich der Jurist, dass Schweden zwar die Idee eines gemeinsamen Untersuchungsteams mit Dänemark und Deutschland zur Untersuchung der Gaslecks an Nord Stream 1 und Nord Stream 2 abgelehnt habe, aber mit diesen Ländern bezüglich der Ermittlungen im Kontakt stehe.

Zuvor hatte die ARD unter Berufung auf deutsche Regierungskreise berichtet, dass Deutschland, Schweden und Dänemark ihre gemeinsamen Ermittlungen zur Sabotage der Nord Stream-Pipelines aufgegeben hätten und getrennt arbeiten würden. Die Schweden hätten Bedenken hinsichtlich der Geheimhaltung zum Ausdruck gebracht, so die ARD weiter. Russland wurde die Teilnahme an der Untersuchung verweigert, woraufhin das Außenministerium den Botschaftern Deutschlands, Dänemarks und Schwedens eine Protestnote übermittelte. Das russische Außenamt betonte, das Land werde die Ergebnisse

einer Untersuchung, an der es nicht beteiligt sei, nicht anerkennen, da lediglich "Pseudoergebnisse" zu erwarten seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634a826848fbef16804dbd24.jpg>
Abbildung einer beschädigten Unterwasser-Ölpipeline

12:36 de.rt.com: **Strack-Zimmermann: Keine Nazi-Vergleiche in Bezug auf die Ukraine!**

Kanzleramtschef Schmidt hatte die Forderungen nach der Lieferung von modernen deutschen Panzern an die Ukraine mit dem Argument abgelehnt, dass diese keine "Wunderwaffen" seien, die die Probleme der ukrainischen Armee lösen würden. Dem widersprach die FDP-Abgeordnete Strack-Zimmermann nun vehement.

Die FDP-Politikerin und Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat einen angeblichen Nazi-Vergleich von Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt im Disput um die Lieferung von Panzern an die Ukraine strikt abgelehnt, wie die Nachrichtenagentur *dpa* berichtete.

Der Kanzleramtschef hatte am Donnerstag auf einer englischsprachigen [Diskussionsveranstaltung](#) in der deutschen Hauptstadt die Position der Bundesregierung verteidigt, der Ukraine keine Panzer für den Verteidigungskampf gegen Russland zu liefern. Schmidt verglich unter anderem die Forderung nach deutschen Leopard-2-Panzern für die ukrainische Armee mit den Hoffnungen, die das Hitler-Regime auf die V2-Rakete setzte, die von der Propaganda als "Wunderwaffe" bezeichnet wurde. Schmidt sagte:

"Ich bin manchmal versucht, es das V2-Syndrom der Deutschen zu nennen."

Damit meine er die Hoffnung, dass es eine Art Wunderwaffe gebe, die "wie Magie" dafür sorgen werde, dass die Probleme gelöst würden. Der Kanzleramtschef mahnte jedoch:

"Und jetzt ist der Leopard 2 [...] diese Wunderwaffe, die den Krieg beenden wird. Und das wird er nicht."

Der Begriff "V2" bezeichnet im Sprachgebrauch des sogenannten Dritten Reiches die Rakete "Vergeltungswaffe 2". Raketen dieses Typs wurden von Nazi-Deutschland mehrfach auch gegen zivile Ziele eingesetzt.

Strack-Zimmermann, die derzeit den Vorsitz des Verteidigungsausschusses im Bundestag innehat und nebenbei Mitglied des Präsidiums des Förderkreises Deutsches Heer sowie der Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft ist, erklärte gegenüber der *dpa*:

"Ich möchte Wolfgang Schmidt eine kollektive Einführung in die Waffen anbieten. Dann würde er schnell erkennen, dass der Vergleich mit Nazi-Waffen nicht nur völlig unangebracht, sondern auch schlichtweg falsch ist."

Derweil kursieren in den sozialen Medien Videos, die angeblich zeigen sollen, wie die ukrainische Armee selbst Balkenkreuze auf ihre Panzer anbringt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634a7bbc48fbef18bf13a331.jpg>
Weiß es meist besser: Strack-Zimmermann im September 2022 im Bundestag

12:42 de.rt.com: **Weißes Haus: Pentagon erörtert Optionen zur Versorgung der ukrainischen Armee mit Satellitenkommunikation**

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, hat auf ihrem Pressebriefing am Freitag erklärt, die US-Regierung sei sich über die Notwendigkeit bewusst, dem ukrainischen Militär eine stabile Kommunikation per Satellit zu gewährleisten. Das Pentagon erörtere derzeit konkrete Optionen für solche Unterstützung.

"Das Pentagon arbeitet mit Partnern und Verbündeten daran, alle Optionen zu erörtern, um den Bedarf zu gewährleisten, von dem die ukrainische Seite spricht."

Zuvor hatte eine Pentagon-Sprecherin erklärt, dass es Alternativen zum Einsatz des Satellitennetzwerks Starlink in der Ukraine gebe und dass ihr Haus sowohl mit dem Starlink-Betreiber SpaceX als auch mit anderen Unternehmen verhandele.

SpaceX-Chef Elon Musk hatte damit gedroht, die Starlink-Kosten nicht mehr zu tragen. Das Unternehmen wolle keine Erstattung bisheriger Ausgaben, man könne aber "auch nicht das bestehende System unbefristet bezahlen und Tausende weiterer Terminals schicken", schrieb Musk auf Twitter. Die Ukraine koste SpaceX rund 20 Millionen US-Dollar monatlich. Der Sender CNN berichtete, SpaceX habe das US-Verteidigungsministerium aufgefordert, die Kosten zu übernehmen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a72ca48fbef16804dbd06.jpg>

13:16 de.rt.com: **Russlands Nationalgarde verstärkt Schutz von Einberufungsämtern wegen sich häufender Brandstiftungen**

Der russische Parlamentarier Alexander Chinstein berichtet über einen verstärkten Schutz von Einberufungsämtern in einigen Städten Russlands vor dem Hintergrund einer Brandstiftungswelle. Die Überwachung sei auch in Moskau verstärkt worden. Vor

Einberufungsämtern seien jetzt Wachleute der russischen Nationalgarde Rosgwardija aufgestellt. Außerdem gebe es landesweit regelmäßige Patrouillen in der Umgebung von Einberufungsämtern. Ferner schrieb Chinstein auf Telegram, manche Brandstifter seien in flagranti gefasst worden – etwa beim Versuch, einen Molotow-Cocktail zu werfen. Nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin eine Teilmobilmachung ausgerufen hatte, kam es zu einer neuen Welle von Brandstiftungen gegen Einberufungsämter und örtliche Verwaltungen. Laut Medienberichten waren in den ersten sechs Monaten seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine Ende Februar mindestens 20 Einberufungsämter in Brand gesetzt worden. In den sozialen Netzwerken tauchen regelmäßig [Videos](#) auf, die solche Brandattacken in verschiedenen Städten und Ortschaften des Landes zeigen.

13:34 de.rt.com: **Russlands Militär: Mehr als 50 ukrainische Soldaten starben bei Vorbereitung eines Landeversuchs nahe AKW Saporoschje**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Samstagnachmittag erklärt, dass die Ukraine im Raum Kupjansk keine Vorstöße unternommen habe. Das russische Militär habe mit Artillerie-Angriffen auf ukrainische Stellungen Attacken auf seine eigenen Positionen verhindert.

Konaschenkow meldete ferner den Tod von mehr als 50 ukrainischen Armeeangehörigen in der Nähe der Ortschaft Berestowoje im Gebiet Charkow. Bei einer verhinderten Überfahrt einer ukrainischen Gruppe über den Fluss Oskol seien in der Nähe der Ortschaft Dwuretschnoje im Gebiet Charkow weitere 30 ukrainische Kämpfer getötet worden. In der Volksrepublik Lugansk seien bis zu 60 ukrainische Soldaten bei Aufklärungsversuchen im Raum Krasny Liman getötet worden.

Der Militärsprecher berichtete außerdem, dass das russische Militär in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober die Vorbereitung einer Landeoperation der ukrainischen Armee in der Nähe des AKW Saporoschje vereitelt habe. Nach präzisierten Angaben seien durch die russische Luft-, Raketen- und Artillerie-Attacke auf ein Sammelgebiet der Landkräfte in der Nähe der Ortschaft Ossokorowka im Gebiet Cherson mehr als 50 ukrainische Soldaten getötet worden. Außerdem seien fünf Schnellkutter, zwei Lastkähne, fünf Panzer und vier Schützenpanzer zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634a993648fbef16804dbd35.jpg>
g

13:56 de.rt.com: **Ermittlungen zu Corona-Impfstoff-Käufen der EU: Von der Leyen im Visier der Ermittler?**

Die EU-Staatsanwaltschaft ermittelt. Es geht um den Kauf der COVID-19-Impfstoffe durch die EU. Einzelheiten sind nicht bekannt. Fragen gibt es viele, etwa zu den privaten Nachrichten zwischen Ursula von der Leyen und dem Pfizer-Chef im Zuge des 35-Milliarden-Deals.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen zu Beginn der Corona-Pandemie zur Chefsache gemacht. Weil die Verträge mit den Impfstoff-Herstellern aber nur teilweise öffentlich gemacht wurden und auf fragwürdige Art und Weise zustande kamen, stand sie für ihr Vorgehen immer wieder in der Kritik. Vor allem der unangemessen teure und intransparent abgeschlossene Deal über bis zu 1,8 Milliarden Impfdosen von BioNTech/Pfizer vom Frühjahr 2021 warf bei vielen EU-Parlamentariern Fragen auf.

35 Milliarden Euro hat er den Steuerzahler gekostet. Die Kommissionspräsidentin hatte ihn zuvor eingefädelt – per SMS, wie die New York Times berichtete. Jegliche Einsicht in die fraglichen Textnachrichten lehnte die EU-Kommission gegenüber den Parlamentariern daraufhin aber ab. Auch dem Europäischen Rechnungshof legte die Behörde die angefragten Informationen zu dem Geschäft nicht vor. Immer mehr EU-Abgeordnete forderten deshalb zuletzt ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft. Nun wird diese tatsächlich aktiv.

"Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) bestätigt, dass sie Ermittlungen über den Erwerb von COVID-19-Impfstoffen in der Europäischen Union führt", teilte die Behörde am Freitag mit. Diese Bestätigung erfolge "aufgrund des extrem hohen öffentlichen Interesses". Weitere Einzelheiten würden zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht bekannt gegeben. Wozu die Staatsanwaltschaft nun genau ermittelt, bleibt indes unklar. Fest steht jedoch: Es war von der Leyens Vorgehensweise bei den Pfizer-Bestellungen, die den Unmut im EU-Parlament und den Ruf nach der Staatsanwaltschaft überhaupt erst ausgelöst hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634a9fe348fbef18bf13a34c.jpg>

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

14:19 de.rt.com: **Russland meldet Abschuss eines ukrainischen Su-25-Kampfflugzeuges im Gebiet Nikolajew**

Das russische Verteidigungsministerium hat nach eigenen Angaben in den vergangenen 24 Stunden seine Präzisionsangriffe auf militärische Einrichtungen in der Ukraine fortgesetzt. Auf seinem Briefing am Samstagnachmittag informierte der Behördensprecher, Generalleutnant Igor Konaschenkow, dass das zweite Bataillon der 65. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte dadurch nahe der Stadt Saporoschje mehr als 160 Angehörige verloren habe. Bei abgewehrten Offensiven der ukrainischen Armee in der Nähe der Ortschaften Dudtschany, Sadok und Ischtschenka im Gebiet Cherson seien etwa 120

ukrainische Soldaten getötet worden. 17 Schützenpanzer und acht Wagen seien außer Gefecht gesetzt worden. Außerdem habe die russische Artillerie fünf von der ukrainischen Armee eingerichtete Übergangsstellen über den Fluss Ingulez zerstört.

Konaschenkow berichtete ferner, dass durch Luft-, Raketen- und Artillerie-Angriffe vier Kommandopunkte der ukrainischen Streitkräfte, 53 Artillerie-Einheiten sowie Personal und Technik an 142 Orten getroffen worden seien. In den Gebieten Charkow und Cherson sowie in der Volksrepublik Donezk seien insgesamt fünf Lager mit Munition und Raketen zerstört worden.

Der Militärsprecher teilte mit, dass die russische Flugabwehr im Gebiet Nikolajew ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ Su-25 abgeschossen habe. Am Himmel über den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Gebieten Cherson und Dnepropetrowsk seien zehn Drohnen, darunter zwei vom Typ Switchblade 600, zerstört worden. In der Volksrepublik Donezk und im Gebiet Cherson seien zudem 18 HIMARS- und Olcha-Geschosse abgefangen worden. In der Nähe des Kachowka-Wasserkraftwerks seien zwei US-amerikanische Antiradarraketen vom Typ HARM abgeschossen worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 323 Flugzeuge, 161 Hubschrauber, 2.236 Drohnen, 380 Flugabwehrraketekomplexe, 5.792 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 869 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.475 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634aa20748fbef158360e851.jpg>

Ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ Su-25 bei einer Parade anlässlich des Unabhängigkeitstags der Ukraine am 24. August 2021

14:50 de.rt.com: **Erste Staffeln russischer Truppen treffen in Weißrussland ein**

Das Verteidigungsministerium Weißrusslands teilt mit, die ersten Truppenteile der russischen Streitkräfte seien im Lande eingetroffen. Die Entscheidung, eine regionale Truppengruppierung zu bilden, sei getroffen worden, um den Grenzschutz des Unionsstaates zu verstärken.

Die ersten Staffeln russischer Truppen der regionalen Truppengruppierung seien in Weißrussland eingetroffen, teilte das Verteidigungsministerium des russischen Nachbarstaates auf seinem [Telegram](#)-Kanal mit. In dem [Bericht](#) heißt es:

"Die Soldaten wurden mit offenen Armen empfangen."

Die Behörde erinnerte daran, dass die Entscheidung, eine regionale Truppengruppierung zu schaffen, "ausschließlich im Interesse der Stärkung des Schutzes und der Verteidigung der Staatsgrenze des Unionsstaates" aufgrund der "unaufhörlichen Aktivitäten" in den Grenzgebieten getroffen worden sei.

Am 10. Oktober hatte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärt, er habe mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Entsendung eines regionalen

Truppenverbands "aufgrund der Verschärfung der Lage an den Westgrenzen des Unionsstaats" vereinbart. Lukaschenko erklärte:

"Wenn die Bedrohungslage das derzeitige Niveau erreicht, beginnen wir mit der Aktivierung der Gruppierung der Unionsstaaten. Das Rückgrat dieser Gruppierung ist, wie ich immer gesagt habe, die Armee, die Streitkräfte der Republik Weißrussland."

Er fügte hinzu, dass die Bildung dieser Gruppierung bereits "innerhalb von zwei Tagen" erfolgt. Lukaschenko bat darum, nicht mit einer großen Zahl von russischen Streitkräften zu rechnen, und stellte fest, dass "es nicht tausend Mann sein werden". Nach Angaben des weißrussischen Verteidigungsministers, Generalleutnant Wiktor Chrenin, werden die Truppen "rein defensive Aufgaben" erfüllen.

Der weißrussische Präsident behauptete, die weißrussische Seite sei "über inoffizielle Kanäle" vor den bevorstehenden Angriffen auf das Land vom Territorium der Ukraine aus gewarnt worden. Daraufhin drohte er, dass "ihnen die Krim-Brücke wie einer Petitesse vorkommen wird, wenn sie auch nur einen Meter des Landes mit ihren schmutzigen Händen berühren". Außerdem wies Lukaschenko auf die Bedrohung durch Polen hin, das seine Armee innerhalb weniger Stunden an die weißrussische Grenze verlegen könne.

Am 14. Oktober erklärte der weißrussische Außenminister Wladimir Makei in einem Interview mit der Zeitung Iswestija, dass im Land eine Antiterroroperation durchgeführt werde. Der Staatschef stellte dann jedoch klar, dass es sich "aufgrund der Verschärfung der Situation an unseren Grenzen" um erhöhte terroristische Gefahr handele. Lukaschenko erklärte:

"Deshalb haben wir die Verfahren mit der Entsendung einer verbündeten Truppengruppierung begonnen, deren Basis, wie gesagt, die Armee von Weißrussland ist, die bereits durch Einheiten der Russischen Föderation ergänzt wird. Alles läuft nach Plan."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634aa22db480cc383d021b13.jpg>

Weißrussische Soldaten und Reservisten in einem Trainingslager

15:19 de.rt.com: **Lukaschenko: Beilegung des Konflikts in der Ukraine in einer Woche möglich**

Die Lösung des Konflikts in der Ukraine sei innerhalb einer Woche möglich, alles hänge von der Haltung der USA und Großbritanniens ab, sagte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit dem US-Sender NBC, aus dem die Nachrichtenagentur BelTA auszugsweise zitierte. Lukaschenko stellte fest:

"Alles hängt von den USA und dem Vereinigten Königreich ab. Wenn Sie verstehen und damit einverstanden sind, dass wir uns morgen an den Tisch setzen und zu einer Einigung kommen, glauben Sie mir, wir werden innerhalb einer Woche zu einer Einigung kommen." Außerdem bestätigte er die weißrussische Beteiligung an der russischen Sonderoperation in

der Ukraine. Diese Unterstützung bestehe jedoch im Schutz der Westgrenze des Unionsstaates vor möglichen Angriffen aus Polen und Litauen. Lukaschenko erklärte:

"Heute besteht unsere Beteiligung darin, dass wir Russen und Ukrainer ärztlich behandeln, Russen und Ukrainer mit Lebensmitteln versorgen und überwiegend Flüchtlingen aus der Ukraine Asyl gewähren. Täglich kommen zu uns jeweils 400 bis 500 Menschen."

Der weißrussische Staatschef betonte gleichzeitig, sein Land habe in der Ukraine niemanden getötet und habe es auch nicht vor. Moskau habe Minsk um die Beteiligung an den Kampfhandlungen nicht gebeten. Weißrussland habe nicht vor, sich in die Kampfhandlungen hineinziehen zu lassen. Der Westen wolle dies aber nicht hören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634aaa11b480cc3aea53686a.jpg>

15:47 de.rt.com: **Chusnullin meldet Abschluss der Arbeiten an linker Seite der Krim-Brücke**

Die Bauarbeiter hätten die Arbeiten an der linken Seite der Krim-Brücke abgeschlossen, teilte der stellvertretende russische Ministerpräsident Marat Chusnullin am Samstag auf seinem Telegram-Kanal mit. Er [schrieb](#):

"Nur eine Woche nach dem Notfall sind die Arbeiten auf der linken Seite der Brücke abgeschlossen."

Chusnullin stellte klar, dass die Bauarbeiter Maßnahmen zur Verstärkung der Spannweiten dieser Fahrbahn durchgeführt hätten, woraufhin sie Tests vollzogen und ein Sachverständigengutachten erhielten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634ab676b480cc55b4539ec9.jpg>

Reparaturarbeiten auf der Krim-Brücke

16:21 de.rt.com: **Gouverneur Gladkow: Ein von den Streitkräften der Ukraine abgefeuertes Geschoss traf ein Öldepot im Bezirk Belgorod**

Ukrainische Truppen hätten ein Öldepot im Gebiet Belgorod beschossen, wie der Gouverneur des Gebiets, Wjatscheslaw Gladkow, mitteilte. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er: "Wir haben einen weiteren Beschuss. Eines der Geschosse traf ein Öllager auf dem Gebiet des Bezirks Belgorod."

Gladkow sagte, dass Beamte des Katastrophenschutzministeriums vor Ort seien und keine Gefahr bestehe, dass sich das Feuer ausbreite.

Update: Der Gouverneur [schrieb](#), dass das Feuer gelöscht worden sei. Beamte des Katastrophenschutzministeriums hätten mit der Beseitigung der Brandfolgen begonnen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 15.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 57 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Olginka wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen.

Die Reparatur des Straßenbelags an Abschnitten der Autostraßen Kremenewka – Jalta geht weiter.

Mehr als 5000 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. In Mariupol wurde eine mobile Apotheke in Betrieb genommen.

Die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen in Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij gehen weiter. In Mariupol wurden 56 Verbraucher des privaten Bereichs und 2 Mehrstöckige Wohnhäuser angeschlossen. In Wolnowacha erhielten 86 private Häuser Strom. In Mariupol, Wolnowacha und Swetlodarsk gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 15 Hektar Gelände, etwa 25.000 Quadratmeter Gebäude und mehr als anderthalb Kilometer Autostraßen untersucht. Es wurden 104 explosive Objekte entdeckt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:34 de.rt.com: **Sacharowa kritisiert mangelnde Reaktion Deutschlands nach Angriffen auf Auslandsvertretungen Russlands**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat erklärt, dass Moskau über die mangelnde Reaktion der deutschen Seite auf die Angriffe gegen die russische

Botschaft in Berlin und das Konsulat in Frankfurt am Main empört sei. Die russische Botschaft habe gegen die "feindseligen Handlungen" scharf protestiert, betonte Sacharowa. Sie [sagte](#):

"In beiden Fällen haben die deutschen Polizeibeamten, die für die Sicherheit dieser russischen diplomatischen Einrichtungen zuständig waren, den Personen, die Sachschaden an unseren Auslandsvertretungen anrichteten, keinen Widerstand geleistet. Sie haben nicht einmal versucht, ihnen Widerstand zu leisten. Keiner der Vandalen wurde festgenommen." Sacharowa fügte hinzu, dass die russische Botschaft dem deutschen Auswärtigen Amt eine Verbalnote übersandt habe, in der sie "nachdrücklich gegen solch feindselige Aktionen" protestiert habe. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums unterstrich, diese Vorfälle seien "in der Tat mit Duldung der Polizei" durchgeführt worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634acb8fb480cc308f069983.jpg>

Maria Sacharowa

abends:

18:08 de.rt.com: **Medien: Zunehmende Spannungen zwischen USA und EU wegen unzureichender europäischer Ukraine-Hilfe**

Die Spannungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten nehmen zu, weil Washington mit dem Umfang und dem Tempo der Wirtschaftshilfe, die Europa der Ukraine gewährt, nicht einverstanden sei, schrieb die Zeitung The Washington Post unter Berufung auf ihre Quellen.

Die Zeitung zitiert US-Finanzministerin Janet Yellen, die auf der Jahrestagung der Weltbank und des IWF nicht müde wurde, die Verbündeten Washingtons aufzufordern, die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken. Sie bestehe erstens auf einer Aufstockung der Hilfe für Kiew und zweitens auf einer schnelleren Auszahlung der Mittel.

Europa sei davon nicht sehr angetan, woraus die Zeitung den Schluss zieht, dass "die Frustration in den USA wächst". The Washington Post zitiert Yellens angespannte Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, und dem EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634ad57348fbef5f8a57c842.jpg>
Janet Yellen

18:35 de.rt.com: **Behörden in Cherson erklären ukrainische Offensive für gescheitert**

Die russischen Streitkräfte haben das ukrainische Militär daran gehindert, eine Offensive in Richtung Berislawim Gebiet Cherson zu beginnen, so der stellvertretende Leiter der lokalen Verwaltung Kirill Stremoussow. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) der Beamte:

"Die Offensive der ukrainischen Nazis im Gebiet Cherson ist gescheitert. Die russische Armee hat den Durchbruchversuch in Richtung Berislaw im Gebiet Cherson vollständig zurückgeschlagen."

Stremoussow appellierte auch an die Bewohner des rechtsufrigen Teils des Gebiets und forderte sie auf, sich nach Möglichkeit von der Kontaktlinie zu entfernen.

18:58 de.rt.com: **Kiew erkennt Beteiligung der NATO am Konflikt in der Ukraine an**

Die russische Armee ist in der Ukraine tatsächlich mit den NATO-Streitkräften konfrontiert, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Olga Stefanischina, der Nachrichtenagentur [Newsweek](#).

Sie behauptete, dass Moskau aufgrund der Unentschlossenheit der "demokratischen Welt" immer stärker werde. Der stellvertretenden Ministerpräsidentin zufolge gibt die Spezialoperation in der Ukraine Russland die Erfahrung, tatsächlich gegen die NATO-Armee zu kämpfen, die bereits nach NATO-Standards ausgebildet und mit der neuesten NATO-Ausrüstung ausgestattet wurde. Sie fügte hinzu:

"Glauben Sie mir, ihre Dienste sammeln Informationen und Daten."

Stefanischina appellierte auch an die westlichen Politiker, "nicht kurzfristig zu sein". Sie betonte, dass Kiew nicht mit Moskau verhandeln werde, sofern Moskau weiter "eine militärische Bedrohung" darstelle.



<https://d.newsweek.com/en/full/2134054/olha-stefanishyna-july-press-conference-czech.webp?w=790&f=ad322977edc69266ed7f8473e2024ed1>

Olga Stefanishina